

Katholische Frauenorganisationen und Politik in den 1950er Jahren: „Der CDU in allen Wahlkämpfen grösste Dienste geleistet“

Regina Illemann

1. Weiblich. Katholisch. Demokratisch? – Frage nach Zusammenhängen

Nach NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg erhielt in Westdeutschland die Demokratie eine zweite Chance. Demokratische Politikerinnen und Politiker, die seit 1933 im äußeren oder inneren Exil überlebt hatten, wurden wieder aktiv und die drei westlichen Besatzungsmächte förderten den politischen Wiederaufbau gezielt. Auch wenn CDU und CSU sich ab 1945 als nun überkonfessionelle christliche Parteien gründeten, profitierten sie doch in hohem Maße von der Tradition der katholischen Zentrumspartei und fanden in der katholischen Bevölkerung besonders großen Rückhalt. Zugleich wurde bereits zeitgenössisch bemerkt, dass insbesondere Frauen die Unionsparteien wählten – interessant v. a. vor dem Hintergrund, dass Politik damals allgemein als „Männersache“ angesehen wurde.¹

Es ist durchaus verwunderlich, dass die historische Forschung sich dennoch bisher kaum mit den Zusammenhängen zwischen politischer Partizipation, religiöser Bindung und Geschlecht befasst hat.² Der vorliegende Aufsatz unternimmt es, für die Gründungs- und Frühzeit der Bundesrepublik hierzu einen Beitrag zu leisten.

Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Bremme gab 1956 hinsichtlich der Einflüsse auf die Wahlentscheidung der deutschen Frauen zu bedenken: „Die katholischen Frauen sind stärker als die nichtkatholischen verbandsmässig organisiert.“³ Diesem Hinweis folgend wird exemplarisch der „Katholische

1 Der Frauenanteil im Bundestag lag bei 7,1–9,2 Prozent; bezogen auf die Wahlergebnisse 1949, 1953, 1957 und 1961. (Vgl. http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/; Abruf: 20. Februar 2014). Im Laufe einer Legislaturperiode stieg der Frauenanteil meist leicht an, weil nach Mandatsniederlegungen etwas häufiger Frauen nachrückten als Männer. Unter den CDU-Mitgliedern waren rund 15 Prozent Frauen, vgl. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart u. a. 2001, Tab. 14, S. 302.

2 Einzig die Arbeit von Petra Holz: Zwischen Tradition und Emanzipation. Politikerinnen in der CDU in der Zeit von 1945 bis 1957. Königstein/Taunus 2004, über frühe CDU-Politikerinnen nimmt grundsätzlich Konfession wahr, wenn sie Helene Weber und Elisabeth Schwarzhaupt polarisiert gegenüberstellt.

3 Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament (Schriftenreihe des Unesco-Institutes für Sozialwissenschaften Köln 4). Göttingen 1956, S. 93.

Deutsche Frauenbund“ (KDFB)⁴ untersucht. Dieser zeigte unter den katholischen Frauenverbänden die deutlichsten politischen Ambitionen: Seit seiner Gründung 1903 agierte er als öffentliche Vertretung der Katholikinnen, betrieb politische Schulungsarbeit und hatte seit 1919 zahlreiche katholische Politikerinnen hervorgebracht. In den 1950er Jahren prägte der Frauenbund außerdem in der „Arbeitsgemeinschaft der katholischen deutschen Frauen“ (AGdkdF) maßgeblich das gemeinsame gesellschaftspolitische Auftreten der katholischen Frauenorganisationen.⁵

In einem ersten Schritt wird im Folgenden nach den Bezügen zwischen Katholikinnen und der CDU⁶ im Speziellen gefragt. Darüber hinaus weitet sich in einem zweiten Schritt der Blick auf die demokratisch-politische Grundlagenarbeit des KDFB.⁷

2. *Katholische Frauen, ihre Organisationen und die CDU*

Zur Frage nach den Bezügen zwischen Katholikinnen und christdemokratischer Partei sind die zahlreichen und treuen Wählerinnen in den Blick zu nehmen, zudem der Einsatz des KDFB in der christdemokratischen Wahlwerbung und schließlich die Mitarbeit katholischer Frauen in Gremien und Fraktionen der Partei.

2.1. *Begehrte Wählerinnen – „Allein die Frauen machen die CDU zur stärksten Partei“⁸*

Bereits zeitgenössisch und von der Partei selbst wurde festgestellt, dass Frauen die treueste Wählerschaft der Union stellten: „CDU/CSU und SPD haben bei

4 Die Bezeichnungen ‚KDFB‘ und ‚Frauenbund‘ werden im Folgenden synonym verwendet.

5 Die AGdkdF förderte durch ihre Jahrestagungen die Auseinandersetzung mit politischen Themen und veröffentlichte politische Stellungnahmen. Gertrud Ehrle, die in Personalunion Geschäftsführerin des KDFB und der AGdkdF war, gründete zudem 1951 den „Informationsdienst für Frauenfragen e. V.“ mit (heute: Deutscher Frauenrat) und wurde 1960 dessen Erste Vorsitzende.

6 Meine Forschungen betrachten den KDFB auf der zentralen Bundesebene, so dass v. a. die CDU die politische Bezugsgröße ist. Der mitgliederstarke Bayrische Landesverband des KDFB sowie dessen Bezüge zur CSU bleiben darum weitgehend unberücksichtigt; die Verhältnisse in Bayern bedürfen einer eigenen Betrachtung.

7 Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen eines Kapitels meiner Dissertation, wobei die Inhalte für die vorliegende Veröffentlichung grundlegend neu strukturiert und zudem gestrafft wurden. Die Dissertation erscheint 2014: Regina Illemaann: „Zum Wohl der Kirche und des Volkes“. Der Katholische Deutsche Frauenbund zwischen Krieg und Konzil (1945–1962).

8 Interne Statistik der CDU 2.H 1955, in: Archiv für Christliche Demokratische Politik (ACDP) 01-366-039/2 (Nachlass August Wegmann).

den Männern eine gleich große Anhängerschaft. [...] Allein die Frauen machen die CDU zur stärksten Partei⁹ befand eine interne Statistik der CDU. Ihr zufolge präferierten die Frauen insgesamt zu 51 Prozent die Unionsparteien, Männer zu 37 Prozent. Hierbei sticht zusätzlich hervor, dass der Anteil der Katholikinnen in allen Berufsgruppen deutlich über dem der Protestantinnen lag; selbst die katholischen Arbeiterinnen lagen mit 52 Prozent über dem weiblichen Durchschnittswert, in allen übrigen Gruppen präferierten 63–81 Prozent der Katholikinnen die CDU/CSU¹⁰. So waren es weniger „die Frauen“, die CDU/CSU zur stärksten Partei machten, als vielmehr insbesondere die katholischen Frauen.

Bemerkenswert ist als Hintergrund, dass die Frauen insgesamt einen verhältnismäßig großen Anteil unter den Nichtwählern hatten, wenn auch der Abstand zwischen Männern und Frauen geringer geworden war als vor 1933.¹¹ Eine Statistik, die zur Frage der tatsächlichen Wahlbeteiligung Geschlecht und Konfession zugleich berücksichtigt, liegt nicht vor.¹² Jedoch gibt eine Untersuchung von Erich Reigrotzki aus dem Jahr 1956 die Wahlabsicht der Befragten nach Geschlecht und Konfession wider. 84 Prozent aller befragten Männer und Frauen gaben an, zur Wahl gehen zu wollen;¹³ Männer – unterschieden nach der Häufigkeit des Kirchenbesuchs – zwischen 80 und 94 Prozent, Frauen zwischen 71 und 85 Prozent.¹⁴ Dabei gaben die Katholikinnen mit durchschnittlich 82,6 Prozent etwas häufiger an, wählen gehen zu wollen, als die Protestantinnen mit nur 80,7 Prozent.¹⁵ Während im Durchschnitt zwar nur dieser

-
- 9 Ebd.; vgl. zudem Zentralaussschusstagung, 17.–19. September 1957 Königstein, in: Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbundes (AKDFB) 1–30–3; Bremme: Die politische Rolle, Tabelle 25, S. 78. In den späten 1960er Jahren außerdem: Erhard Blankenburg: Kirchliche Bindung und Wahlverhalten. Eine Analyse der Parteipräferenzen in Nordrhein-Westfalen von 1961 bis 1966. Freiburg 1967, v. a. S. 101–117.
 - 10 Interne Statistik der CDU 2.H 1955, in: ACDP 01-366-039/2; in Auszügen abgedruckt bei Bösch: Adenauer-CDU, S. 300.
 - 11 Bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1961 gingen 13,3 bis 15,1 Prozent der wahlberechtigten Frauen nicht zur Wahl, während nur 12,2 bis 13,4 Prozent der Männer der Wahl fern blieben; vgl. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1987 nach Altersgruppen und Ländern, vgl. http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/; (Abruf: 20. Februar 2014). Zur Wahlbeteiligung der Frauen 1919–1933 vgl. Bremme: Die politische Rolle, S. 28–31: Meist gaben mindestens 20 Prozent der Frauen keine Stimme ab.
 - 12 Bremme gibt dies zwar an, doch kann sie es nicht ausreichend belegen. Ihre Grundlage sind nur Umfrageergebnisse aus der Stadt Frankfurt. Die Verhältnisse bei der dortigen Kommunalwahl können jedoch nicht verallgemeinert werden. Vgl. Bremme: Die politische Rolle, S. 58–60.
 - 13 Vgl. Erich Reigrotzki: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Elemente der sozialen Teilnahme in Kirche, Politik, Organisationen und Freizeit. Tübingen 1956, S. 61.
 - 14 Vgl. ebd., S. 69f.
 - 15 Vgl. ebd., S. 70. Um den Durchschnitt zu ermitteln, wurden die absoluten Zahlen errechnet, die sich hinter Reigrotzkis Angaben verbergen. Von 921 befragten Protestantinnen gaben insgesamt 743 ihre Wahlabsicht an, von 837 befragten Katholikinnen 691.

geringe Unterschied besteht, fällt auf, dass diejenigen Katholikinnen, die regelmäßigen Gottesdienstbesuch angaben, zu 85 Prozent auch die Absicht hatten, zur Wahl zu gehen; damit waren sie die einzige Gruppe unter den befragten Frauen, die über dem geschlechtergemischten Gesamtdurchschnitt von 84 Prozent Wahlabsicht lagen. Diese Zahlen lassen annehmen, dass auch die tatsächliche Wahlbeteiligung der Katholikinnen – insbesondere der kirchenverbundenen – unter den Frauen insgesamt am höchsten war.

Im Blick auf das Wahlverhalten der Katholikinnen sind neben den Frauenorganisationen sicherlich Einflüsse des katholischen Klerus und weiterer Milieuzusammenhänge zu berücksichtigen, schließlich galt die Kirchenbindung der Frauen allgemein als stärker ausgeprägt als die der Männer, weil sie z. B. den größeren Teil der Gottesdienstgemeinde stellten. Für die bereits zeitgenössisch festgestellte Vorliebe der Wählerinnen für die CDU/CSU hat die Forschung z. T. plausible Erklärungen präsentiert. Hohen Erklärungswert haben insbesondere zwei Aspekte:

Erstens war die CDU/CSU-Treue unter denjenigen besonders ausgeprägt, die regelmäßig den Gottesdienst besuchten.¹⁶ Zugleich bestand die regelmäßige katholische Gottesdienstgemeinde überwiegend aus Frauen.¹⁷ Die katholischen Bischöfe riefen ohne Nennung einer Partei, aber inhaltlich mit erkennbarer Parteinahme zur ‚christlichen‘ Wahlentscheidung auf.¹⁸ Dass praktizierende Katholiken CDU/CSU wählten, war damals nahezu eine Selbstverständlichkeit.¹⁹

Zweitens ist darüber hinaus zu beachten, dass zwischen 1919 und 1933 sowie auch in anderen Ländern Frauen vorwiegend konservative Parteien wählten. Die Vorliebe der Wählerinnen für die CDU/CSU stellte das Erbe bzw. die Fortführung dieser Neigung dar, war das Attribut „konservativ“ eher den Unionsparteien als der SPD zugeschrieben.²⁰

Darüber hinaus hatte jedoch bereits 1956 Gabriele Bremme bei ihrer Untersuchung des Wahlverhaltens von Frauen ausdrücklich auf den hohen Organisationsgrad der Katholikinnen und auf die Wahlkampfarbeit katholischer Frauen-

16 Vgl. z.B. Blankenburg: Kirchliche Bindung, Tabelle 2.4.8 in Verbindung mit Tabelle 2.4.9, S. 15f. Diejenigen, die regelmäßig den Gottesdienst besuchten, wählten zu 65 Prozent (Männer) bzw. 66 Prozent (Frauen) die CDU; bei unregelmäßigen Kirchgängern und -gängerinnen waren es nur 33 bzw. 39 Prozent.

17 Vgl. Rejgrotzki: Soziale Verflechtungen, S. 21 sowie Blankenburg: Kirchliche Bindung, S. 114, Tabelle 2.4.7 (NRW-Umfrage); regelmäßig heißt bei Blankenburg einmal pro Woche.

18 Vgl. Alfons Fitzek (Hg.): Katholische Kirche im demokratischen Staat. Hirtenworte der deutschen Bischöfe zu wichtigen Fragen der Zeit und zu den Bundestagswahlen 1945 bis 1980. Würzburg 1981.

19 Vgl. Interview mit Dr. Dorothee Wilms, 28. August 2012.

20 Vgl. etwa Bremme: Die politische Rolle, S. 76f. und S. 110f. Für die Zeit der Weimarer Republik vgl. Johannes Schauff: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928. Nachdruck der Ausg. Köln 1928. Mainz 1975, S. 64–68.

organisationen hingewiesen.²¹ Dennoch hat die Forschung bisher kaum berücksichtigt, dass deren Engagement für die CDU/CSU-Treue der Katholikinnen eine Rolle gespielt haben dürfte.

2.2 *Willkommene Unterstützung – Wahlkampfarbeit des KDFB zugunsten der CDU*

Zwar legte der KDFB immer wieder Wert darauf, dass seine Arbeit nicht parteigebunden sei. Dass ein katholischer Verband die Union unterstützte, war aber damals nahezu selbstverständlich. Der KDFB setzte sich gemeinsam mit der AGdkdF dafür ein, dass katholische Frauen die CDU wählten, indem er im Vorfeld von Wahlen um Stimmen warb.

Die katholischen Frauenorganisationen selbst betonten ihre Schlüsselrolle in der Wahlwerbung: Sie hätten „der CDU in allen Wahlkämpfen grösste Dienste geleistet, die von keiner anderen Organisation jemals ersetzt werden können“²². Nicht nur nahm der KDFB seine Wahlkampfhilfe wichtig, sondern er wurde hierin auch seitens der Partei als wertvoller Kooperationspartner ernst genommen. Im Rahmen der ersten Bundestagswahl 1949 versuchte die „Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“ (1951 „Bundesfrauenausschuss“, 1956 „Frauenvereinigung der CDU“, 1988: „Frauen Union der CDU“) gezielt, „auch über die konfessionellen Frauenverbände an die Frauen heranzukommen, um ihnen über die Bedeutung der kommenden Wahl zum Bundestag Aufklärung zu geben“²³. Aus Württemberg wurde als gute Erfahrung vermeldet, „dass Versammlungen, die zur staatsbürgerlichen Bildung vom kath. Frauenbund für alle kath. Frauengruppen durchgeführt wurden, starke Anteilnahme fanden. Man hat einleitend auf die Verantwortung der Frau als Staatsbürgerin hingewiesen, teilweise auch in Konferenzen vormittags mit den Vertrauensfrauen²⁴ diese Probleme eingehend besprochen. Nachmittags oder anschliessend an diese obigen Ausführungen sprach die Frauen-Referentin der CDU über das Bonner Grundgesetz.“ Die Frauen wurden aufgefordert, „nun ihrerseits von der Kreisstadt bis in die kleinsten Ortschaften die Frauen zur Beteiligung an der Wahl aufzufordern“²⁵. Diese Veranstaltungen des KDFB zielten zugleich

21 Vgl. Bremme: Die politische Rolle, S. 93.

22 Stellungnahme der AGdkdF (Abschrift von Abschrift), 03. Januar 1956, in: EBAP, Ablage Hengsbach Frauenseelsorge 1946–1956.

23 Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands an ihre Delegierten, Stuttgart 27. Juni 1949, in: ACDP 04-003-136/1 (Bestand Frauenvereinigung/Frauen-Union/EFU).

24 Die „Vertrauensfrauen“ waren diejenigen, die in einzelnen Straßenbezirken den Mitgliedsbeitrag für den Zweigverein einsammelten, auf diese Weise regelmäßigen Kontakt zu den Mitgliedern hatten und als Multiplikatorinnen fungieren konnten.

25 Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands an ihre Delegierten, Stuttgart 27. Juni 1949, in: ACDP 04-003-136/1.

auf allgemeine politische Mobilisierung ab sowie konkret darauf, Frauen – besonders Katholikinnen – zur Stimmabgabe bei der Wahl zu bewegen; zweifels- ohne für die Union.

Der Frauenbund wurde dabei keineswegs in erster Linie seitens der Partei zur Unterstützung aufgefordert, sondern er fühlte aus eigenem Antrieb eine Verantwortung, sich im Wahlkampf der CDU aktiv zu beteiligen. Anfang 1957 äußerte Helene Weber im KDFB-Präsidium, die „Kommunalwahlen ergäben, dass auch die Frauen weniger Stimmen für die CDU abgegeben haben. *Wir* müssten frühzeitig mit dem Wahlkampf beginnen, der zunächst im vorpolitischen Raum zu führen sei.“²⁶ Ob Weber hier eher als Präsidiumsmitglied des KDFB sprach oder als Ehrenvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, lässt sich nicht entscheiden. Jedoch bezeichnete „Wir“ im Präsidium gesprochen den KDFB. Der Frauenverband war in spezieller Hinsicht gefragt: Die Wahlkampfarbeit müsse schließlich im „vorpolitischen Raum“ ansetzen. Im wahrsten Sinne des Wortes selbstverständlich erscheint hier der KDFB als eine Art Bündnispartner der CDU, der treu und eigenständig tatkräftige Solidarität bewies, wenn es darum ging, die weibliche Bevölkerung, v. a. natürlich die Katholikinnen, anzusprechen. Im Rückblick auf die Bundestagswahl 1957, die der Union dank der Frauenstimmen die absolute Mehrheit im Bundestag gebracht hatte²⁷, resümierte Weber im Rahmen des Verbandes, der KDFB habe „gute staatsbürgerliche Vorarbeit geleistet. Vom Frauenbund vorbereitete Frauenversammlungen hätten immer einen guten Verlauf und Besuch gehabt [...], während es bei von der Partei vorbereiteten Versammlungen oft nicht geklappt habe.“²⁸

Zwar erfolgte diese positive Bewertung des Erfolges aus der Selbstsicht der Akteurinnen heraus. Die oben beschriebenen Zahlen weisen aber deutlich darauf hin, dass unter den Frauen insgesamt die Wahlbeteiligung der Katholikinnen – insbesondere der kirchenverbundenen – am höchsten war. Zu berücksichtigen ist zusätzlich, dass der KDFB seine Wahlkampfarbeit, die zugleich politische Bildungsarbeit war, gezielt so konzipierte, dass möglichst viele Frauen dadurch erreicht werden sollten. Hierauf wird unten noch eigens eingegangen (vgl. 3.1). In der Bilanz ist also mit großer Sicherheit anzunehmen,

26 Präsidium 9. Februar 1957, in: AKDFB, 1–140–4 – ebenso die folgenden Zitate [Hervorhebung d. V.].

27 Nur 44,6 Prozent der Männer hatten 1957 die CDU/CSU gewählt, hingegen 53,5 Prozent der Frauen. Insgesamt erhielt die CDU/CSU 49,3 Prozent der Stimmen und erlangte die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag. (Vgl. Bundestagswahlen. Stimmabgabe der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen 1953–1987 nach Altersgruppen und Ländern: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/; Abruf: 20. Februar 2014.).

28 Zentrallausschusstagung, 17.–19. September 1957 Königstein, in: AKDFB, 1–30–3.

dass die Wahlwerbung der katholischen Frauenorganisationen erfolgreich war.²⁹

2.3 *Diskriminierte Politikerinnen – Grenzen für Amts- und Mandatsträgerinnen*

Der weiblichen Mehrheit in der CDU-Wählerschaft stand allerdings eine deutliche weibliche Minderheit unter den Parteimitgliedern³⁰ und insbesondere unter ihren Abgeordneten und Amtsträgern gegenüber.

Insgesamt bestanden in der CDU in den 1950er Jahren strukturelle Hürden, die es den Frauen erschwerten, in der CDU zur Geltung zu kommen. Frank Bösch beschreibt sie in seiner Parteigeschichte:

1. In der Gruppenstruktur der CDU bildeten die Frauen eine Gruppe neben z. B. Arbeitnehmern, Bauern oder Mittelstand. Politikerinnen wurden im Wesentlichen als Vertreterinnen geschlechtsspezifischer Interessen, nicht aber beruflicher, sozialer oder regionaler Interessen angesehen. Galt es, Gremien oder Ausschüsse ausgewogen zu besetzen, waren „die Frauen“ eine unter den konkurrierenden Interessengruppen.
2. Durch den regionalen Aufbau der CDU hatten die Frauen zuerst in jeder Region um Posten und Einfluss zu ringen. Eine weibliche Vertretung in ein Bundesgremium zu entsenden, stellte für jede Region eine Hürde dar; man fürchtete Einflusseinbußen für den regionalen Verband. Offenbar, so kann man Bösch auslegen, trauten die Männer in der CDU einer Frau nicht zu, die Interessen ihres Regionalverbandes wirksam zu vertreten.
3. Konrad Adenauer führte seine Partei auf ausgeprägt informelle Weise. Bei Stammtischen oder sonstigen inoffiziellen Zusammenkünften konnten leicht Männer unter sich bleiben und die Frauen außen vor lassen.

29 Auch der „Zentralverband der Frauen- und Müttergemeinschaften“ betrieb Wahlwerbung. Vgl. Bremme: Die politische Rolle, S. 93.

30 Frank Bösch: Adenauer-CDU, Tab. 14, S. 302, schätzt plausibel einen Anteil von rund 15 Prozent. Die Zahlen für 1958 bezeichnet Bösch selbst als ungenau, da nur eine Delegiertenliste als Grundlage dient, vgl. ACDP 04-003-003/2. Dennoch korrigiert seine Schätzung überzeugend Bremme: Die politische Rolle, S. 154, die 1956 einen Frauenanteil von 25 Prozent angab. Bremmes Angabe hatte auch Mechthild Fülles: Frauen in Partei und Parlament. Köln 1969, Tabelle 1, S. 25, Anm. 5, bereits als zu hoch kritisiert. Für die CDU insgesamt liegen Zahlen erst ab 1962 vor. Allerdings ist auffällig, dass – wenn Zahlen für die 1950er Jahre vorliegen – in den Städten ein deutlich höherer Frauenanteil unter den Parteimitgliedern war (über 20 Prozent) als in ländlich geprägten Landesverbänden (rund 10 Prozent; vgl. Marie-Luise Recker/Klaus Tenfelde (Hg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband 2: CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur. Düsseldorf 2005, S. 144–156. Wenn der Frauenanteil in der CDU im Saarland 1957 mit rund 93 Prozent angegeben wurde, scheint das ein Fehler in der Statistik zu sein; in den 1960er Jahren lag der Frauenanteil bei rund 10 Prozent.).

4. Parteigremien wurden vorwiegend qua Amt besetzt. Da praktisch nur Männer in die kommunalen und regionalen Leitungsämter der Partei gewählt wurden, blieb den Frauen nur übrig, um die wenigen per Wahl zu besetzenden Plätze zu konkurrieren.³¹

Neben dieser überzeugenden strukturellen Analyse nennt Bösch nur am Rande die damals herrschenden Geschlechterrollenbilder als Grund für die marginale Beteiligung von Frauen an der Arbeit der CDU.³² Dass dieser Beurteilung zu widersprechen ist, und dass vielmehr diese soziale, psychologische und arbeitspraktische Hürde für das politische Engagement von Frauen weitaus stärker zu gewichten ist, wird unter 3.3 eingehend dargelegt.

Auf einzelne weibliche Vertreterinnen in politischen Gremien wurde nach 1945 bereits allgemein Wert gelegt;³³ über dieses Maß hinaus aber war die Mitarbeit von Frauen offenbar wenig selbstverständlich. Daher fanden sich Kandidatinnen überproportional auf den unsicheren bzw. aussichtslosen Listenplätzen. Es gab für Frauenkandidaturen kaum ernsthafte Spielräume: „Die Kontingente der sicheren Plätze stehen eben fest“, bilanzierte die Politikwissenschaftlerin und Soziologin Mechthild Fülles noch 1969.³⁴ Ihre Studie fußte auf empirischen Daten auch aus den 1950er Jahren. Sie stellte heraus, dass die CDU sogar tatsächlich vergleichsweise viele Kandidatinnen aufstellte, nämlich rund 15,5 Prozent.³⁵ Dieser Anteil an Frauenkandidaturen entsprach dem Anteil der Frauen unter den Parteimitgliedern, wie ihn Frank Bösch plausibel einschätzt. Der KDFB lieferte gemeinsam mit der AGkdF Anschauungsmaterial zu Fülles' Ergebnissen.

Das Präsidium des KDFB monierte 1954 kurz vor der Landtagswahl in NRW, dass nur sehr wenige Frauen Listenplätze erhalten hätten, nämlich vier im Rheinland und nur zwei in Westfalen. „Deshalb soll die Gemeinschaft der katholischen Frauen gebeten werden, an die maßgebenden Stellen der CDU in Nordrhein-Westfalen heranzutreten, um die berechtigten Klagen der Frauen über die schlechte Berücksichtigung der Frauen bei den Wahlen vorzutragen“³⁶ – so der

31 Punkte 1–4 vgl. Bösch: Adenauer-CDU, S. 304–307.

32 Vgl. ebd., S. 302–304.

33 Vgl. Elisabeth Pitz-Savelsberg: Autobiographie, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste. Abt. Wissenschaftliche Dokumentation (Hg.). Bd. 3. Boppard 1985, S. 175–296, hier S. 196: „Eine Frau durfte auf der Liste nicht fehlen.“ [Hervorhebung d. V.].

34 Fülles: Frauen in Partei, S. 120. Fülles erhob ihre Daten bis einschließlich 1966.

35 Vgl. ebd., S. 108: Der Frauenanteil bei den Listenkandidaturen für den Deutschen Bundestag schwankte in der Zeit von 1949 bis 1961 zwischen 14,9 Prozent und 16,3 Prozent. Die SPD hatte zwar 1949 mit 18,7 Prozent einen höheren Frauenanteil bei ihren Kandidaturen, 1953–1961 aber nur noch 13 bis 10,4 Prozent, bei der FDP waren es zwischen 1949 und 1961 rund 9 Prozent und bei der CSU 10 bis 12 Prozent.

36 Siebener-Ausschuss, 9. Juni 1954, Fulda, in: AKDFB 1–115–9.

Beschluss des Präsidiums. Ob noch 1954 ein Protest seitens Frauenbund oder AGdKdF erfolgte, ist im Archiv des KDFB leider nicht belegt. Denkbar ist ein kurzfristiger Protest aber durchaus. Denn knapp einen Monat vor der folgenden Landtagswahl in NRW 1958 befand nicht nur der KDFB-Zentralvorstand, die „Verantwortlichen des Frauenbundes“ sollten „sich bei der Listenaufstellung zeitig und zielbewusst“³⁷ einschalten, um Frauenkandidaturen bei den Landtagswahlen durchzusetzen, sondern schon drei Tage später sandte die AGdKdF ein Schreiben an den Vorstand der CDU im Rheinland und in Westfalen-Lippe, unterzeichnet von der Geschäftsführerin Gertrud Ehrle und Prälat Hermann Klens.³⁸ Darin protestierte die AGdKdF dagegen, dass trotz nachdrücklicher und mehrfacher Empfehlung die katholischen Politikerinnen und Verbandsfunktionärinnen Maria Bierschenk (KDFB) und Maria Vielhaber (Zentralverband der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften) keine sicheren Listenplätze erhalten hatten.³⁹ Ihren Protest untermauerte die AGdKdF, indem sie die persönlichen politischen Verdienste Bierschens und Vielhabers beschrieb und mit der drohenden Mahnung schloss, „daß die Stimmen der kath. Frauen für die CDU vor allem durch die Arbeit der Frauenorganisationen gewonnen werden müssen.“⁴⁰ Erfolgreich war der Protest nicht. Lambert Lensing vom Westfälischen Landesverband antwortete, sein Landesverband sei für Vielhaber nicht zuständig. Für Westfalen sei im Übrigen immer Elisabeth Nettelbeck (KDFB) der Erstvorschlag der Katholikinnen gewesen, für deren sichere Platzierung er sich erfolgreich eingesetzt habe: „Frau Maria Bierschenk ist mir immer an zweiter Stelle benannt worden. Es war ausgeschlossen, zwei Frauen auf der westfälischen Landesliste unterzubringen.“⁴¹ Dass der CDU-Vertreter Lensing seine Antwort an die „Arbeitsgemeinschaft

37 Zentralvorstand 7. Juni 1958, Köln, in: AKDFB 1–139–3. Es ist bemerkenswert, dass man einen Monat vor der Wahl noch von „zeitig“ sprach, als die Liste der Kandidaturen bereits aufgestellt war.

38 Vgl. Brief AGdKdF an den Vorstand der CDU NRW, 10. Juni 1958, in: AKDFB 2–129–2. Gemäß Vermerk ging er namentlich an: Josef Blank, Lambert Lensing, Josef Gockeln, Herrn Dr. Arnold, Herrn Dr. Schreiber (Geschäftsführer), Herr Johnen (Vorsitzender). Es unterzeichneten Ehrle und Klens; eine Diskussion innerhalb der AGdKdF kann in der Kürze der Zeit kaum stattgefunden haben. Hermann Klens arbeitete als „bischöflicher Beauftragter für die Frauenseelsorge“ in der AGdKdF mit. Anders als in seinem Amt als priesterlicher Leiter des „Zentralverbandes der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften“ stand er der AGdKdF nicht als Leiter und Repräsentant vor, sondern er war kollegial eingebunden.

39 Vielhaber war auf Platz 49, Bierschenk hatte keine Kandidatur erlangt.

40 Brief AGdKdF an den Vorstand der CDU NRW, 10. Juni 1958, in: AKDFB 2–129–2. Damals wurden in NRW 150 der 200 Mandate über Wahlkreise besetzt, so dass es freilich ohnehin wenig aussichtsreich war, über Listenplätze in den Landtag einzuziehen. Bei der NRW-Landtagswahl 2012 wurden 128 der 237 Landtagsmandate über Wahlkreise direkt gewählt.

41 Brief Lambert Lensing an AGdKdF, z. Hd. Hermann Klens, Dortmund 13. Juni 1958, in: AKDFB 2–129–2.

der katholischen deutschen Frauen“ an den dort mitarbeitenden Priester Hermann Klens sandte und nicht an die Geschäftsführerin Gertrud Ehrle, muss als ein Beispiel dafür gesehen werden, wie wenig man damals in der CDU Frauen als Ansprechpartnerinnen und Repräsentantinnen ernst nahm. Auch Landtagspräsident Josef Gockeln hatte offenbar geantwortet, denn Ehrle und Klens versicherten ihm nach der gewonnenen Wahl erneut brieflich die Enttäuschung der katholischen Frauen und dankten zugleich, dass er Verständnis für die Enttäuschung geäußert habe.

Im gleichen Schreiben an Gockeln unternahmen die Katholikinnen einen weiteren Versuch, Einfluss zu nehmen – diesmal in einem nach der Wahl aktuellen Bereich: „Umsomehr bitten wir Sie heute, sich doch dafür einzusetzen, daß im Sozialministerium eine katholische Frau in eine führende Stellung kommt.“ Man habe „großes Interesse daran, daß eine Persönlichkeit, die von christlicher Verantwortung getragen ist,“ im Ministerium einen einflussreichen Posten erhalte; Frau Oberregierungsrätin Dr. Bommert sei hierzu bestens qualifiziert und sehr erfahren.⁴² Offenbar war nicht nur der Einsatz der Katholikinnen für Parlamentskandidaturen wenig erfolgreich, sondern auch dieser Versuch, einen begehrten Posten in der Landesverwaltung mit einer Frau zu besetzen. Denn die Bemühungen hierum setzte die AGdkdF noch weiter fort, indem sie sich an Franz Meyers, den neugewählten Ministerpräsidenten, wandte. Diesen Weg weitete Gertrud Ehrle noch aus, indem sie sich im Weiteren zusätzlich an Meyers Ehefrau wandte. Ehrles Brief an sie vom 4. Dezember 1958, den sie übrigens ohne Klens allein unterzeichnete, war ein Telefonat vorausgegangen, für das Ehrle sich nun schriftlich bedankte; sie bekräftigte erneut ihr Anliegen, bedauerte Frau Dr. Bommerts Nicht-Berücksichtigung, rechtfertigte ihre eigene Hartnäckigkeit mit der Verantwortung für die katholischen Frauenorganisationen und bat abschließend Frau Meyers, doch das im Bau befindliche „Helfta-Kolleg“⁴³ des KDFB in Köln einmal persönlich besichtigen zu kommen.⁴⁴ Einen derart persönlichen Zugang „von Frau zu Frau“ über die Ehefrau eines Politikers zu suchen, scheint ein spezifischer Weg der Einflussnahme gewesen sein, den Frauen nutzten, in Ergänzung oder in Umgehung der Wege, die die offiziellen Strukturen vorsahen; denn auch Elisabeth Pitz-Savelsberg (KDFB) hatte sich an die Ehefrauen der amerikanischen Besatzungssoldaten gewandt, um die Demontage einer Seifenfabrik in ihrem Wahlkreis zu verhindern.⁴⁵

42 Brief AGdkdF an Josef Gockeln, 19. Juli 1958, ebd.

43 Mit dem „Helfta-Kolleg“ schuf der KDFB in Köln Wohn- und Lebensraum für rund 100 Studentinnen aus aller Welt.

44 Vgl. Brief Gertrud Ehrle an „Frau Dr. Meyers“, 4. Dezember 1958, in: AKDFB 2–129–2.

45 Vgl. Pitz-Savelsberg: Autobiographie, S. 223. Weitere Beispiele wären nötig, um diese Vermutung zu erhärten.

War es insgesamt nicht leicht, für Frauen Mandate und politische Ämter zu erlangen, so konnte die weibliche Besetzung wenigstens eines Bundesministeriums während der gesamten 1950er Jahre nicht durchgesetzt werden – erst 1961 waren hartnäckige und gemeinsame Bemühungen der CDU-Politikerinnen erfolgreich. Hierbei wirkten u.a. die beiden führenden KDFB-Vertreterinnen Helene Weber und Aenne Brauksiepe mit; insbesondere die zu diesem Zeitpunkt bereits 80jährige Weber, langjährige Parteifreundin Konrad Adenauers, warf noch einmal ihre ganze Autorität dafür in die Waagschale, dass Elisabeth Schwarzhaupt die Leitung des neugeschaffenen Gesundheitsministeriums erhielt.⁴⁶ Bereits 1957 waren nach der Wahl die Forderungen der Frauenorganisationen nach einer Ministerin nicht berücksichtigt worden. Wie Weber am 7. November 1961 an Brauksiepe schrieb, hatte sie – offenbar nicht zum ersten Mal – mit Adenauer telefoniert, um ihm diesmal eine Zusage abzurufen. Da die Zusammensetzung des neuen Kabinetts weiterhin undurchsichtig blieb, ergriff Weber die Initiative und telegraphierte am 9. November ihren Fraktionskolleginnen: „Ich bitte Sie daher dringend zu einer Besprechung in den Damen-Ruheraum des Bundeshauses für Freitag, den 10. November um 14 Uhr.“⁴⁷ Dort beschloss die Versammlung, ihre Forderung umgehend in einer Presseerklärung öffentlich zu machen und außerdem erneut bei Adenauer vorzusprechen. Brauksiepe übernahm es, telefonisch die Frage vorzulegen, ob „die von Frau Dr. Weber am Vortage vorgetragene Bitte [...] positiv entschieden werde“, sowie die Bitte, Adenauer möge „die Damen der Fraktion zu einem weiteren Gespräch empfangen“⁴⁸. Die Abgeordnete Elisabeth Pitz-Savelsberg (KDFB) schildert lebhaft ihre Erinnerungen, wie die Politikerinnen unter Webers Führung nachmittags den Kabinettsaal „belagerten“⁴⁹. Gemein-

46 Vgl. hierzu die Darstellungen bei: Hans Süßmuth: Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990. Baden-Baden 1990, S. 82–96; Günter Buchstab/Angela Keller: Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung. Sankt Augustin 1990.

47 Zitiert nach Süßmuth: CDU-Frauenunion, S. 91. Telegramm in: ACDP 01-048-002/3 (Nachlass Elisabeth Schwarzhaupt).

48 Schreiben von Ilse Bab an die weiblichen Bundestagsabgeordneten der CDU-Bundestagsfraktion, 11. November 1961, in: Bundesarchiv (BArch) N 1177/19 (Nachlass Elisabeth Schwarzhaupt) – online zugänglich unter: http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01111/index-5.html.de; http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01111/index-6.html.de; (Abruf: 20. Februar 2014).

49 „Frau Dr. Helene Weber, die alte Kämpferin aus Weimarer Zeiten, rief telefonisch und telegraphisch die Kolleginnen aus allen Ecken zusammen. Ich machte mich auch auf den Weg nach Bonn. Es waren schon etliche versammelt im Damenruhraum des Bundestages. Helene Weber war erregt über die undurchsichtige Situation bei der Kabinettsbildung, die schon den ganzen Vormittag anhielt, und in Angst um den Ausgang ihrer Aktion für die Ministerin. Sie steckte uns alle mit ihrer Erregung an. ‚Meine Damen‘, sagte sie, ‚wir bleiben hier nicht sitzen, wir gehen vor den Kabinettsaal.‘ Wir wanderten also ins Bundeskanzleramt und stehen die Treppe zum Kabinettsaal hoch. ‚Bestellen Sie einmal den Kellner‘, sagte Helene zu der ihr am nächsten Stehenden. ‚Und Sie‘, verteilte sie die Aufgaben

sam mit drei Kolleginnen wurde Brauksiepe noch am gleichen Abend von Adenauer empfangen, der den Politikerinnen erklärte, Frau Weber habe ihn bereits davon überzeugt, dass die Berufung einer Frau als Ministerin notwendig sei, Montag wolle er aktiv werden. Dieses Ergebnis gaben die Politikerinnen wiederum umgehend an die Presse weiter und dankten Weber, dass sie sich „erneut mit dem ganzen Einfluß ihrer Person beim Bundeskanzler“ für die Ernennung einer Ministerin eingesetzt hatte.⁵⁰ Die für das Amt vorgesehene Elisabeth Schwarzhaupt hatte übrigens eher zufällig durch ihre Mitarbeiterin erfahren, dass „unter den CDU-Frauen etwas vorgeinge“, um eine Ministerin durchzusetzen und dass man sie nominieren wolle. Diese Nachricht nahm sie zunächst nicht ernst, bis sie Anfang der folgenden Woche zur Gesundheitsministerin bestellt wurde und sich gezwungen sah, die ungewünschte Aufgabe zu übernehmen, sonst „war es wieder mit einer Frau im Kabinett aus, und ich hätte dafür die Verantwortung getragen.“⁵¹

Nur durch derart massive Hartnäckigkeit und gemeinsames Vorgehen auf Initiative der Adenauer-Vertrauten und KDFB-Vorstandsmitglied Helene Weber konnten die CDU-Frauen 1961 die Ernennung der ersten Bundesministerin durchsetzen. Offensichtlich waren Widerstand und Vorbehalte gegen eine Frau im Bundeskabinett unter den maßgeblichen Politikern noch äußerst stark ausgeprägt.

weiter, ‚sorgen einmal für Stühle, daß wir sitzen können. Wir gehen hier nicht weg, bis wir die Ministerin haben.‘ Der Kellner kam mit einer Platte mit Schnittchen. Wir langten zu. Helene schrieb einen Zettel, und ließ ihn durch den Saaldiener in den Kabinettsaal bringen. ‚Geben Sie ihn aber nur dem Herrn Dr. Adenauer persönlich‘, schärft sie dem Boten ein. Nichts erfolgte. Frau Webers Hut, diese winzige Idee von einer Kopfbedeckung, saß vollkommen schief. Zorn und Erregung, sogar Enttäuschung ließ sie ganz ihr Äußeres vergessen. Sie schrieb noch einen Zettel. Es erfolgte wieder nichts. Erst nach dem dritten erschien der Bundeskanzler sichtlich gut gelaunt in der Türe. Frau Weber erklärte ihm mit unmißverständlichen Worten den Sinn dieser Belagerung. Er hörte sie freundlich an, lächelte und sagte nach ihrer langen und ernsten Rede: ‚Frau Weber, was haben Sie für ein schick‘ Hütchen auf!‘ Frau Weber verwies ihm die leichtfertige Rede zu so ernster Stunde. ‚Machen Sie keine Witze‘, tadelte sie ihn streng. ‚Wir wollen wissen, wie es um die Ministerin steht.‘ – ‚Kein Kommentar‘, sagte er. ‚Sie sollten aber wissen, daß wir entschlossen sind, hier nicht eher wegzugehen, bis Sie uns sagen, daß wir eine Ministerin haben.‘ Die Tür schloß sich hinter ihm wieder. [...] Unter den Verhandelnden hinter der verschlossenen Tür war keine Frau, die für ihr Geschlecht hätte sprechen können. So konnte nur der Bundeskanzler selbst ihr Fürsprecher sein. Er war es.“ (Elisabeth Pitz-Savelsberg: Autobiographie, S. 276f.).

50 Schreiben von Ilse Bab an die weiblichen Bundestagsabgeordneten der CDU-Bundestagsfraktion, 11. November 1961, in: BArch N 1177/19 – online zugänglich unter: http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01111/index-5.html.de; http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01111/index-6.html.de; (Abruf: 20. Februar 2014).

51 Elisabeth Schwarzhaupt: Autobiographie, in: Abgeordnete des deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste. Abt. Wissenschaftliche Dokumentation (Hg.). Bd. 2. Boppard 1983, S. 235–283, S. 267.

3. *Katholische Frauenorganisationen im Einsatz für mehr Demokratie*

Der KDFB formulierte in seiner Satzung als die Tätigkeitsfelder katholischer Frauenbewegung „Familie, Beruf und öffentliche[s] Leben“⁵². Mit dieser Ausdrucksweise umging man zwar ein (partei)politisches Bekenntnis. Jedoch wurde „öffentliche“ Mitwirkung deutlich in den Rahmen des Staates und seiner Strukturen eingeordnet, in den Rahmen dessen also, was nach zeitgenössischem Verständnis als „Politik“ zu bezeichnen ist.⁵³ Es war ein zentrales Verbandsziel, insgesamt mehr verantwortliche Mitarbeit und politischen Einfluss von Frauen zu verwirklichen.⁵⁴

Diese Bemühungen stellten einen Einsatz für die konsequente Umsetzung von Demokratie im eigentlichen Sinne – nämlich als Volksherrschaft – dar. Die geringen Frauenanteile in den Parteien und Parlamenten der 1950er Jahre kennzeichnen die Regierungsform der damaligen Bundesrepublik eher als eine Männerherrschaft. Die weibliche Hälfte des Volkes war an der politischen Herrschaft kaum beteiligt.

Dass im Verständnis der 1950er Jahre Politik dezidiert männlich besetzt war, ist im Kontext der stereotypen Geschlechtscharaktere zu sehen⁵⁵, die im 19. Jahrhundert unter dem Einfluss romantischen Denkens entstanden waren. Hierbei wurden Mann und Frau komplementäre Eigenschaften und Begabungen zugeschrieben, die einander polar gegenüberstanden. „Politik“, u. a. konnotiert mit Öffentlichkeit, Macht, Leitung und Konkurrenz, war in dieser Ordnungsvorstellung ein ausgeprägt männlicher Bereich und widersprach dem weiblichen Stereotyp, mit dem u. a. Privatheit, Unterordnung, Hilfe und harmonische Versöhnlichkeit assoziiert wurden.

Um diese Zuordnungen mit Nachdruck in Frage zu stellen und zu verändern, bot der KDFB – knapp zusammengefasst – zum einen Bildung an und zum anderen Vorbilder. So arbeitete er an einem Wandel hin zu gleichberechtigter politischer Mitarbeit.

52 Satzung des Katholischen Deutschen Frauenbundes, 01. Juni 1948, in: AKDFB. Ebenso die folgenden Zitate in diesem Absatz. In den Satzungen von 1952 und 1955 sind die in diesem Absatz zitierten §§ 3 und 4 unverändert.

53 Vgl. z. B. Art. Politik, in: Der Große Brockhaus. Bd. 9. 16. Aufl. Wiesbaden 1956, S. 273.

54 Heute formuliert der KDFB als sein Ziel: „eine wertorientierte, christlich motivierte politische Interessenvertretung, um am Aufbau einer Gesellschaft und Kirche mitzuwirken, in der Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenleben und Verantwortung tragen für die Zukunft einer friedlichen, gerechten und für alle lebenswerten Welt“ (Satzung des Katholischen Deutschen Frauenbundes e. V. [KDFB], beschlossen am 16. Oktober 2011.).

55 Vgl. Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtercharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neuere Forschungen (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 21). Stuttgart 1977, S. 363–393; Ute Frevert: „Mann und Weib und Weib und Mann“. Geschlechterdifferenzen in der Moderne. München 1995.

3.1 Bildung – Die staatsbürgerliche Bildungsarbeit des KDFOB

Der KDFOB setzte sich die Aufgabe, „staatsbürgerliche Fragen“ zu studieren und zu bearbeiten; zudem betrieb er Bildungsarbeit für Frauen für „religiöse, kulturelle, sozial-caritative sowie heimgestaltende“ und dezidiert auch für „staatsbürgerliche Arbeit“⁵⁶. Der Frauenbund tat dies u.a. dadurch, dass er Vorträge und Schulungen veranstaltete und politische Fragen in seiner Mitgliederzeitschrift thematisierte.

Bei den Generalversammlungen des Frauenbundes wurde immer auch über politische Themen referiert⁵⁷ und in vielen Zweigvereinen fanden lokale Vortragsveranstaltungen statt. Mehrfach finden sich entsprechende Anfragen von Zweigvereinsvorsitzenden, die sich um eine entsprechende Referentin – besonders begehrt war Frau Dr. Weber – an die Zentrale oder Helene Weber persönlich wandten.⁵⁸ Konkrete Vortragsthemen aus der Arbeit des KDFOB im Ruhrgebiet waren beispielsweise: „Das gemeinsame Schicksal von Bund und Land. Die Verfassung und Politik des Landes NR-W [sic!]. Das Land, Ausführungsorgan der sozialpolitischen Gesetze. Die Novelle zum RJWG und ihre Auswertung für unsere Mitarbeit. Situation und Aufgaben der Kath. Frauenbewegung. Ost-West-Fragen.“⁵⁹ Der KDFOB in der Diözese Köln differenzierte im Tätigkeitsbericht zwischen „wirtschaftspolitischen“ und „sozialpolitischen Fragen“ z. B.: „Die soziale Marktwirtschaft und die Hausfrau“, „Die Ernährung der Welt, der Beitrag des Einzelhaushaltes zu diesem Problem“ bzw. „Fragen um die ältere Angestellte“, „Die Hilfe für die Familie in den europäischen Ländern“⁶⁰.

Jenseits der Vorträge wurde eine große Zahl von Frauen dadurch erreicht, dass der KDFOB in seiner Zeitschrift „Frauenland“ politische oder in weiterem Sinne gesellschaftliche Themen eingehend behandelte. „Frauenland“ hatte 1958 rund 29.500 Abonentinnen.⁶¹ Einen nicht geringen Anteil machten die

56 Satzung des Katholischen Deutschen Frauenbundes, 1. Juni 1948, in: AKDFOB. Die politische Bildungsarbeit gehörte bereits seit der Verbandsgründung 1903 zur Arbeit des KDFOB.

57 1955 zwar nicht eigens, aber innerhalb der übrigen Referate, vgl. Die christliche Frau im Zeitalter der Technik. Vorträge der 14. Generalversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Mainz vom 24.–25. September 1955. Hg. von der KDFOB-Zentrale. Köln 1955.

58 Vgl. AKDFOB, Ordner Korrespondenz Zweigvereine; AKDFOB, Akten Nachlass Helene Weber z. B. 1–135–8; 1–135–7.

59 Geschäftsbericht des Frauenbundeshauses Essen für das Jahr 1954, in: AKDFOB, Ordner Zentrale.

60 Aus der Tätigkeit des Katholischen Deutschen Frauenbundes in der Erzdiözese Köln im Wintersemester 1953/1954, in: AKDFOB, Ordner Zentrale.

61 Vgl. Zentralvorstand 7. Juni 1958, in: AKDFOB, 1–139–3. Mit nur 844 Abonnements hatte „Die Christliche Frau“ einen verhältnismäßig geringen Verbreitungsgrad und war darum nur wenig geeignet, wenn Frauen in der Breite erreicht werden sollten.

Beiträge zu den Bereichen Familien- und Sozialpolitik aus.⁶² Doch umfasste das Spektrum weitaus mehr: politisches Interesse und Engagement von Frauen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen⁶³, verantwortliche Wahlbeteiligung⁶⁴ und Verteidigungs- bzw. „Friedens“fragen⁶⁵. Die Berücksichtigung von Wirtschaftsfragen umfasste in „Frauenland“ schwerpunktmäßig den Betrieb des Privathaushalts; fremde Länder wurden weniger in politischer, als vielmehr in kultureller Hinsicht beleuchtet.

Ein Kommunikations- und Informationsorgan über den Frauenbund hinaus bildete der Informationsdienst der AGdkdF – verantwortet von Gertrud Ehrle –, der neben Meldungen aus dem Leben der Kirche und der katholischen Frauenverbände Beiträge zu politischen Themen brachte. Das inhaltliche Spektrum war dem in „Frauenland“ ähnlich.

Außer Vorträgen und Zeitschriftenartikeln zu politischen Themen veranstaltete der Frauenbund verschiedene Arten von Schulungen. Eine Form waren staatsbürgerliche Schulungstagungen. 1953 bot beispielsweise eine Tagung in Münster folgendes Programm⁶⁶: Nach einer Einführung folgten ein Referat über „Christliche Sozialpolitik“ sowie die Vorstellung einer Broschüre über die Regierungsform der Bundesrepublik. Am nächsten Tag folgten Referate über Wirtschaftspolitik, Familienpolitik und der Vortrag „Europa – Ziel und Aufgabe“. Die abschließende Aussprache stellte ausdrücklich die zukunftsweisende Frage: „Wie geben wir das Gehörte weiter?“ Die übersichtliche Struktur, die inhaltliche Bandbreite sowie die Tatsache, dass unter den Referentinnen eine Bundestagsabgeordnete (Maria Niggemeyer) sowie eine Staatssekretärin a. D. (Dr. Mathilde Gantenberg) waren, vermitteln überzeugend den Eindruck, dass die Tagung ein qualitativ hochwertiges Angebot war; getragen von der Zielset-

62 Vgl. z. B. Christel Hölzgens: Um die Familienausgleichskassen, in: *Frauenland* 35 (1952) 9/10, S. 119f.; Luise Jörissen: Um das Bewahrungsgesetz, in: *Frauenland* 35 (1952) 9/10, S. 121–123; E. K.: Zu sozialen Fragen, in: *Frauenland* 40 (1957) 3/4, S. 58f.; Hildegard Bleyer: Fragen der Sozialpolitik und die Frauen, in: *Frauenland* 43 (1960) 3/4, S. 46f.

63 Vgl. z. B. Die Verantwortung der Frau für die Bildung der öffentlichen Meinung, in: *Frauenland* 36 (1953) 5/6, S. 90; M. R. Fischer-Jünemann: „Ich interessiere mich nicht für Politik!“, in: *Frauenland* 38 (1955) 5/6, S. 76f.; Im neugewählten Bundestag, in: *Frauenland* 40 (1957) 11/12, S. 188f.; Maria Flink: Die Frau in der Kommunalpolitik, in: *Frauenland* 43 (1960) 5/6, S. 66–69; Frau Ministerin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, in: *Frauenland* 45 (1962) 1/2, S. 17.

64 Vgl. Helene Weber: Wochen der Verantwortung – ein Tag der Entscheidung, in: *Frauenland* 36 (1953) 7/8, S. 118f.; Helene Weber: Das Schicksal der Bundesrepublik, in: *Frauenland* 44 (1961) 9/10, S. 98.

65 Vgl. Die Frau in Parlament und Gesetzgebung. Die Frauen zur Sicherung des Friedens [Aenne Brauksiepes Bundestagsrede zur Wiederbewaffnung der BRD, in Auszügen abgedruckt], in: *Frauenland* 35 (1952) 3/4, S. 58f.; Die Mütter und die jungen „Bürger in Uniform“/Der erste Brief aus der Kaserne, in: *Frauenland* 40 (1957) 5/6, S. 71–73.

66 Vgl. z. B. Katholischer Deutscher Frauenbund, Einladung zu einer staatsbürgerlichen Schulungstagung am 29.–30. Juni 1953 in Münster, Franz-Hitze-Haus, in: *AKDFB* 2–41–1 – daraus die folgenden Zitate.

zung, dass es „um eine verantwortliche Mitarbeit im vorpolitischen Raum“ gehe. Diese Tagung war explizit politisch ausgerichtet und an „geeignete Frauen“ gerichtet, die als Multiplikatorinnen fungieren sollten. Die Teilnehmerinnen aufzufordern, das Gelernte weiterzutragen, war auch andernorts fester Bestandteil der Schulungsveranstaltungen des KDFB.⁶⁷

Es finden sich außerdem Beispiele für eine andere Ausrichtung von Bildungskursen. In der Eifel etwa wurden Säuglings- und Krankenpflegekurse verbunden mit „staatsbürgerliche[n] Fragen, ausgehend von den Ereignissen [im] unmittelbaren Lebensbereich“⁶⁸ der Teilnehmerinnen, da sie sich dafür – bei sonst großer Zurückhaltung – „auf diesem Wege leichter ansprechen“ ließen. Ähnliches wurde auch von Münster aus unternommen: In praktisch ausgerichteten Kursen wurden einleitend jeweils Referate über den politischen Kontext gehalten. „Dadurch konnte den Frauen und jungen Mädchen anknüpfend an das ihnen bekannte Gebiet hauswirtschaftlichen Tuns die Verflochtenheit ihres Handelns mit großen staatsbürgerlichen und staatspolitischen Entscheidungen aufgezeigt werden.“⁶⁹ Diese praktischen Kurse richteten sich also gezielt an Land- und Hausfrauen. In der Eifel war dabei erklärtes Ziel, auch Frauen zu erreichen, „die nicht durch eine Organisation erfaßt sind“⁷⁰ und mit ihnen möglichst in Kontakt zu bleiben.

In seinem Bemühen, Frauen für Politik zu interessieren und für die aktive Beteiligung zu schulen und zu motivieren, verstand der KDFB sich – im Dienste christlicher Gesellschaftsgestaltung – ganz selbstverständlich als Kooperations- und Bündnispartner der CDU.⁷¹ In dieser Rolle überließ man – so die Sprachregelung – „den Parteien“ die „parteilpolitische Schulung“, war aber zugleich selbstbewusst überzeugt von der eigenen Aufgabe: „Sie [die Parteien] werden aber niemals die Menge der Frauen erfassen, wenn sie [die Frauen]

67 In Württemberg z. B. wurden bei Schulungstagungen die Teilnehmerinnen „angeregt nun ihrerseits von der Kreisstadt bis in die kleinsten Ortschaften die Frauen zur Beteiligung an der Wahl aufzufordern“ Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands an ihre Delegierten, Stuttgart 27. Juni 1949, in: ACDP 04–003–136/1 (Bestand Frauenvereinigung/Frauenunion/EFV).

68 Kursusarbeit auf dem Lande in den Monaten November–Dezember 1951, Mia Bauer, in: AKDFB 1–46–6.

69 Staatsbürgerliche Schulung in Verbindung mit praktischen Kursen, [undatiert], Maria Bierschenk (Münster), ebd.

70 Kursusarbeit auf dem Lande in den Monaten November–Dezember 1951, Mia Bauer, ebd.

71 Dass Andreas Henkelmann eine isolierte Betrachtung der Frauenunion, wie Frank Bösch sie unternimmt, kritisiert und damit implizit fordert, die Rolle der Frauen in der CDU für die 1950er Jahre unter Einbeziehung der konfessionellen Frauenverbände zu untersuchen, ist zu unterstützen. Vgl. Andreas Henkelmann: „Die christlichen Frauen müßten jetzt ihre Aufgabe im politischen Leben erkennen.“ Konfession, politische Partizipation und Geschlecht am Beispiel des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Münster, in: Westfälische Forschungen 60 (2010), S. 455–492, hier S. 488f.; Bösch: Adenauer-CDU, S. 299–311.

nicht in kleinen Arbeitskreisen oder größeren Versammlungen von uns vorge-
schult und geistig vorbereitet wurden.“⁷² Auf der anderen Seite kooperierte der
KDFB beispielsweise in der Diözese Freiburg aber auch unmittelbar mit der
CDU: Auf einem Flugblatt, das zu einer staatsbürgerlichen Arbeitstagung des
KDFB einlud, ist handschriftlich notiert: „Hierzu lädt der Landesfrauenbeirat
der C.D.U. mit gleichlautendem Programm, aber verändertem Kopf u. Adresse
unten ein.“ Zugleich konnte kein Zweifel am eigentlichen Träger bestehen:
„Plakate lauten nur auf K.D.F.!“⁷³ Das angestammte Arbeitsfeld der politi-
schen Bildung sah der KDFB allerdings massiv gefährdet, als 1955 auf Betrei-
ben der CDU hin im Rheinland ein „Christliches Frauenbildungswerk“ unter
der Leitung von Dr. Ingeborg Marx gegründet wurde. Im Präsidium des Frau-
enbundes ging man zunächst fälschlicherweise davon aus, die CDU-Frauen-
ausschüsse würden sich derart umbenennen wollen. Zugleich aber erkannte die
KDFB-Leitung eine handfeste Konsequenz der neuen Einrichtung sicherlich
richtig und empfand sie verständlicherweise als Gefährdung: die drohende
Umverteilung der „Mittel für staatsbürgerliche Schulung [...] die bisher den
konfessionellen Frauenverbänden zufließen“⁷⁴. Angesichts dieses drohenden
Verlustes führte das KDFB-Präsidium – bei aller sonstigen Verbundenheit mit
der CDU – die Überparteilichkeit seiner Schulungsarbeit als entscheidendes
Charakteristikum ins Feld: Diese könne den Frauenverbänden „nicht von dem
CDU-Frauenauschuß abgenommen werden, selbst wenn dieser sich einen an-
deren Namen geben würde“⁷⁵. Ein paar Monate später verfasste die AGdkdF
auf Vorschlag Helene Webers hin ein Protestschreiben. Stand der Informatio-
nen war inzwischen, „dass ein ‚Christliches Frauenbildungswerk Rheinland‘
im Einvernehmen mit massgebenden Stellen der Partei der CDU gegründet
worden ist“, das weder partei- noch konfessionsgebunden sei.⁷⁶ Die AGdkdF
brachte das „Befremden“ der katholischen Frauenorganisationen vor, „dass die
Partei, für die sie eingetreten sind, neben ihnen, ohne jede vorherige Fühlung-
nahme das unklare Gebilde des ‚Christlichen Frauenbildungswerkes‘ gegrün-
det hat“⁷⁷. Wenn hier im Protestschreiben auf die *Parteinahme* der katholi-
schen Frauenorganisationen rekurriert wurde, in der Präsidiumssitzung

72 Nachrichten und Anregungen für die Mitarbeiterinnen und Zweigvereine des Katholi-
schen Deutschen Frauenbundes, Dezember 1948.

73 Flugblatt, Katholischer Deutscher Frauenbund–Diözesanausschuß Freiburg, Einladung zu
einer Staatsbürgerlichen Arbeitstagung am 10. und 11. Februar 1951 in Freiburg, Januar
1951, in: AKDFB 1–46–6 [Hervorhebung im Original].

74 Führungsrat, 1. Juli 1955, in: AKDFB 1–140–5.

75 Ebd.

76 Stellungnahme der AGdkdF (Abschrift von Abschrift), 3. Januar 1956, in: EBAP, Ablage
Hengsbach Frauenseelsorge 1946–1956. Versandt an Landesvorsitzende der CDU: Rhein-
land-Pfalz: Ministerpräsident Peter Altmeier, Mainz; Westfalen: Lambert Lensing, Dort-
mund; Rheinland: Notar Wilhelm Johnen, Jülich.

77 Ebd.

hingegen gerade die *Überparteilichkeit* ihrer Schulungsarbeit betont worden war, so unterstreicht dieser inhaltliche Widerspruch letztlich das eigentliche Ziel des KDFB: Es galt, sich ein angestammtes Arbeitsfeld zu erhalten, das zur Verbreitung der eigenen Standpunkte wichtig war und auf dem nicht die männlich dominierte Partei Einfluss gewinnen sollte. Als Motiv dafür ist zweierlei erkennbar.

Zum einen dürfte die Überzeugung ehrlich gewesen sein, dass die Bildungsarbeit der katholischen Frauenorganisationen besonders erfolgreich und gut sei. Sie baue nämlich „auf der Grundlage ihres Glaubensbekenntnisses“⁷⁸ auf, so das Protestschreiben. Allerdings konnten die Frauen wohl kaum der CDU unterstellen, nicht auf christlicher Basis arbeiten zu wollen. Schlagkräftiger wäre ein Hinweis gewesen, dass Frauen sich leichter von Frauenorganisationen ansprechen ließen als von Parteien – diese Beobachtung wurde nämlich wie dargestellt im Zusammenhang mit Wahlwerbung durchaus gemacht – dass also die CDU von einer Kooperation mit den Verbänden im Bereich der Frauenbildungsarbeit mehr profitieren würde als von einer neugeschaffenen eigenen Einrichtung.

Zum anderen stand ein zweites Motiv im Hintergrund: Ziel des KDFB war es, die Mitwirkung von Frauen im politischen Leben zu fördern. Hierfür die Schulung selbst in Händen zu haben, bedeutete für den KDFB die Möglichkeit, die teilnehmenden Frauen im Sinne der eigenen Vorstellungen politisch prägen zu können. Es gehörte zu den Grundüberzeugungen des KDFB gemäß seinem Selbstverständnis als Frauenbewegung, dass Bildungsarbeit für Frauen auch von Frauen verantwortet und durchgeführt werden müsse. Hinzu kam folgendes: Frauen zu politischem Engagement zu ermutigen, bedeutete neben fachlicher Qualifizierung – in weitaus höherem Maße – Identitäts- und Rollenbildarbeit (s. u. 3.3). Solange nämlich Frauen wie Männer „die Frau“ für das private, nicht aber für das öffentliche gesellschaftliche Leben zuständig sahen, würden Frauen kaum öffentlich oder gar politisch aktiv werden. Es ist einleuchtend, dass der KDFB mit der AGdKdF hierbei nicht den eigenen Einfluss als Frauenbewegung verlieren wollte. Noch weniger war der Frauenbund verständlicherweise dazu bereit, seinen Einfluss ausgerechnet an die CDU abzutreten, die die Frauen zwar als Wählerinnen schätzte, aber ihren weiblichen Mitgliedern kaum verantwortliche Ämter und Mandate zugestand.

Frauenbildungsarbeit an die Partei bzw. eine andere Einrichtung zu verlieren, hätte dem KDFB mehrfachen Nachteil gebracht: Er hätte durch die Konkurrenz nur einen geringeren Anteil der Bildungsarbeit selbst inhaltlich bestimmen können. Zudem wären wohl weniger Frauen erreicht worden – jedenfalls vom KDFB als Verband, möglicherweise aber auch insgesamt.

78 Ebd.

Der Frauenbund bzw. auf seine Initiative hin die AGdkdF beanspruchte das Monopol der katholischen Frauenorganisationen auf CDU-nahe, politische bzw. „staatsbürgerliche“ Frauenbildungsarbeit mit besonderem Nachdruck: Bei einer Überprüfung der getätigten Neugründung werde die CDU „sicher mit uns zu der Überzeugung kommen, dass sie für eine erfolgreiche Entwicklung der CDU nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich ist“⁷⁹. Die Quellenlage bietet leider keinen Einblick in die weitere Entwicklung. Deutlich ist aber zu erkennen, dass dem KDFB angesichts einer männerdominierten Partei die eigene – weibliche – Gestaltungsmacht in der politischen Frauenbildungsarbeit außerordentlich wichtig war.

3.2 Vorbilder – Persönliches Engagement und Vernetzung

Um die stereotype Zuordnung der Frauen zum privat-familiären Bereich zu überwinden und weibliche Zuständigkeit und Verantwortung auch auf das Gebiet der Politik auszudehnen reichte politische Bildungsarbeit allein freilich nicht aus. Mindestens ebenso wichtig, vermutlich noch entscheidender war, dass katholische Frauen sich öffentlich sichtbar in die politische Arena begaben und dort mitwirkten. Sie konnten auf diese Weise als Vorbilder für andere Frauen fungieren und möglicherweise auch Vorbehalte männlicher Politiker und der „öffentlichen Meinung“ abbauen – wenn auch nur allmählich und langfristig.

Während der Erfolg der Frauenwahlwerbung, die der KDFB mit der AGdkdF betrieb, zwar als gegeben anzunehmen, aber im Einzelnen schwer nachweisbar ist, und während der Erfolg des Einsatzes für Frauenkandidaturen wie erwähnt gering blieb, lässt sich die Bedeutung des KDFB im Hinblick auf das persönliche parteipolitische Engagement von Katholikinnen deutlicher belegen.

War es in der CDU insgesamt charakteristisch, das Parteipersonal aus den konfessionellen Verbänden zu rekrutieren, so beschrieb Bremme 1956, dass der verbandliche Hintergrund bei den Frauen eine besonders große Rolle spielte.⁸⁰ Auch Andreas Henkelmann sieht die Verknüpfung von CDU und konfessionellen Frauenorganisation als außerordentlich eng an.⁸¹ Immerhin waren gut 50 Prozent der katholischen CDU-Politikerinnen nachweislich mit dem KDFB verbunden; ein noch höherer Anteil ist nicht ausgeschlossen.⁸² Umgekehrt ge-

79 Ebd.

80 Vgl. Bremme: Die politische Rolle, S. 157f.

81 Vgl. Henkelmann: „Die christlichen Frauen“, S. 488f.

82 Vgl. Holz: Zwischen. Holz präsentiert eine Zusammenstellung der 158 CDU-Politikerinnen 1945–1957 (= Frauen, die MdL oder MdB waren oder die Amt bzw. Funktion in der Frauenvereinigung der CDU hatten). Von ihnen waren 29 als Protestantinnen identifizierbar, 48 als Katholikinnen (bei den übrigen 81 ist keine Konfession angegeben; christliche Religion darf aber wohl zumeist angenommen werden). Von 21 der 48 Katholikinnen

hörten zwischen 1945 und 1962 von den insgesamt 97 Zentralvorstandsmitgliedern des KDFB 26 der CDU an; sie waren vielfach in Parlamenten oder der CDU-Frauenvereinigung engagiert. Außerhalb des KDFB-Zentralvorstandes waren weitere KDFB-Mitglieder als namhafte CDU-Politikerinnen aktiv, z. B. Elisabeth Pitz-Savelsberg, Christine Teusch und Maria Dietz.

Da weder im KDFB noch der CDU für die 1950er Jahre namentliche Mitgliederverzeichnisse existieren, ist ein systematischer Abgleich nicht möglich. Durch das Zusammentragen verstreuter Hinweise konnten 41 Frauen ermittelt werden, die zwischen 1945 und 1962 durch Mitgliedschaft oder Mitarbeit auf verschiedenen Ebenen die beiden Organisationen miteinander verknüpften. Am Ende dieses Beitrages findet sich eine tabellarische Übersicht.

Die parteipolitisch engagierten Verbandsmitglieder sahen sich selbst als Vorreiterinnen und bemühten sich persönlich um den weiblichen, politischen Nachwuchs. Von Helene Weber und Aenne Brauksiepe sind konkrete Beispiele überliefert.

Als 1948 die Gründung des CDU-Frauenausschusses der britischen Zone vorbereitet wurde, stellte Weber in einem Brief an Adenauer Aenne Brauksiepe und Maria Deku als fähige junge Politikerinnen vor, die freilich leider noch zu unbekannt seien, um den Vorsitz im Frauenausschuss der britischen Besatzungszone zu übernehmen. Ohne hier unmittelbar als Steigbügelhalterin zu fungieren, wies sie den einflussreichen Konrad Adenauer auf zwei Kolleginnen hin, die ihrer Ansicht nach insbesondere in Zukunft politische Ämter bekleiden sollten. Die politische Karriere von Maria Deku setzte sich zwar nach ihrer Mitarbeit in der bayrischen Verfassungsgebenden Versammlung und Landtag 1946/47 nicht weiter fort. Brauksiepe hingegen wurde nicht nur 1949 MdB, sondern 1958 auch katholische Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, außerdem 1968 Bundesfamilienministerin.

Brauksiepe ihrerseits ging offenbar gezielt auf jüngere Frauen zu, um sie für die Politik zu gewinnen. Ausführlich schildert Dorothee Wilms, 1982–1991 Bundesbildungsministerin und Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, wie Brauksiepe sie schließlich zum Parteieintritt bewegte.⁸³ Im Studium hatte Wilms sich gesellschaftspolitisch engagiert, sich aber keiner Partei angeschlossen. Durch die „katholische Frauenarbeit“⁸⁴, konkret den KDFB⁸⁵, geriet sie zwar schon in die Sphäre christlich-demokratischer Politik, aber zu einem Parteiein-

konnte Holz KDFB-Zugehörigkeit ermitteln, bei 4 weiteren konnten meine Recherchen die Mitgliedschaft im KDFB nachweisen, bei den übrigen 23 kann eine Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen werden.

83 Vgl. Dorothee Wilms: Zum 75. Geburtstag von Aenne Brauksiepe, in: *Frau und Politik* 33 (1987) 2/3, S. 5–7. Zu Wilms vgl. auch Denise Lindsay: „Man kneift eben nicht“ – Ein Porträt der Politikerin Dorothee Wilms in diesem Band.

84 Wilms: Zum 75. Geburtstag, S. 5.

85 Dr. Dorothee Wilms [Selbstvorstellung], in: *Die Christliche Frau* 72 (1983) 6, S. 28f.

tritt entschloss sie sich erst, als Brauksiepe „es 1961 mit einem Trick versuchte, der ihr auch gelang“: Sie bat Wilms, bei einer Diskussion auf dem CDU-Partei-tag „die Auffassung der jungen Frauengeneration zum Ausdruck zu bringen.“⁸⁶ Wilms sah eine derartige Teilnahme nur für Parteimitglieder als möglich an – und trat in die CDU ein. Allgemein berichtet Wilms weiter, dass Brauksiepe die jüngeren Politikerinnen ermunterte, im Kreis der erfahrenen, altgedienten Kolleginnen „Farbtupfer zu setzen; [...] in einem wörtlichen Sinne [...] durch die modisch hellen Farben unserer Kleider [...] aber auch [...] durch vorlaute und unübliche Fragen.“⁸⁷ Aenne Brauksiepe ist also ein anschauliches Beispiel dafür, wie eine katholische Frau als Politikerin nicht nur durch ihr eigenes Verhalten traditionelle Frauenrollenbilder aus den Angeln hob, indem sie sich – „trotz“ Ehemann und Sohn – politisch engagierte. Vielmehr animierte sie z. B. über ihre Verbindungen in der katholischen Frauenbewegung auch andere Frauen, überlieferte Vorstellungen und Gepflogenheiten in Frage zu stellen und trug dadurch zu einer Weiterentwicklung von Frauenrollenbildern bei.⁸⁸

3.3 Wandel! – Identitäts- und Rollenbildarbeit als entscheidende Aufgabe

Um die politische Mitarbeit von Frauen auszuweiten, waren Bildungsmaßnahmen wertvoll – konnten doch durch Kurse oder Vorträge gesetzliche Strukturen begriffen und politische Arbeitsweisen kennengelernt werden. Das aber konnte kaum ausreichen, um die stereotype Zuordnung zu überwinden, die Politik als „Männersache“ und eben nicht als „Frauensache“ hinstellte. Die Geschlechterstereotype waren so verbreitet und verinnerlicht, dass selbst die Berufspolitikerin Helene Weber 1949 im KDFB-Vorstand die Ansicht äußerte: „Die Frau soll nicht in gleichem Umfang wie der Mann in der Politik stehen, da sie sonst all zu sehr in den Gefahrenbereich der Macht kommt von ihrem Wesen zu verlieren [sic!].“⁸⁹ Es galt also gesellschaftliche Frauenrollenbilder und nicht zuletzt das Selbstverständnis der Frauen zu verändern.

86 Wilms: Zum 75. Geburtstag, S. 5.

87 Ebd., S. 7.

88 Weitere Forschung ist nötig, um der Frage nach gegenseitiger Karriereförderung unter Politikerinnen weiter nachzugehen. Dabei ist auszuleuchten, welche Eindrücke die Politikerinnen durch ihre Abweichung von der traditionellen Familienrolle in ihrer Umgebung und der Öffentlichkeit hinterließen, wessen Meinung sie auf diese Weise beeinflussten und welche Frauen sie zum eigenen Engagement motivierten. Weiteres Quellenmaterial ist hierfür zu erschließen und heranzuziehen, insbesondere (auto)biographische Dokumente. Ebenso wären Interviews mit noch lebenden Zeitzeuginnen und -zeugen aufschlussreich.

89 Zentralvorstand, Bensberg 2. Oktober 1949, in: AKDFB, Ordner Zentralvorstand. Eine Weiterentwicklung ihrer Ansichten bis zu ihrem Tod 1962 ist durchaus wahrscheinlich; schließlich setzte sie sich 1961 vehement für die Ernennung Elisabeth Schwarzhaupts zur ersten Bundesministerin ein.

Den vier dargestellten strukturellen Aspekten, die Bösch für die Marginalisierung der Frauen in der CDU beschreibt liegen zwei Tendenzen zu Grunde, die Mechthild Fülles 1969 parteiübergreifend beobachtete.⁹⁰ Einerseits marginalisierten männliche Politiker in den Parteien ihre Kolleginnen, um keine Macht abtreten zu müssen und ihre Privilegien zu erhalten. Dem stand auf der anderen Seite ein recht geringer Mobilisierungsgrad der Frauen gegenüber. Die Frauen selbst pflegten ihren Sondergruppenstatus in den Parteien und dadurch eine gewisse Selbstisolierung.⁹¹

Um mit der verbreiteten Meinung umzugehen, griff der KDFB – wie auch die Frauenbewegung insgesamt – die Geschlechterstereotype auf und führte sie argumentativ weiter: Da Mann und Frau sich wesentlich ergänzen würden, sei diese Ergänzung auch im öffentlichen Leben notwendig. In allen Bereichen des Lebens, also auch in der Politik, müssten die weiblichen Eigenschaften und Begabungen zum Tragen kommen, müssten also auch Frauen in verantwortlicher Weise mitarbeiten. Dieses „wesentliche“ Argument konnte noch dadurch untermauert werden, dass man die Sachkompetenz der Frauen in „weiblichen“ Lebensbereichen anführte, dass z.B. bei der politischen Behandlung von Fragen der Erziehung, der Bildung, des Ehe- und Familienrechtes oder des Verbraucherschutzes diese Expertise nicht nur höchst wertvoll, sondern schlicht sachlich überzeugend sei. Beide Argumente hatten allerdings eine gewisse Schwäche darin, dass sie sich vornehmlich auf das Geschlecht als Merkmal stützten. Hier bildete sich ab, was Mechthild Fülles bei Politikerinnen der 1950er und 1960er Jahre als „Überbetonung des Faktors ‚Geschlecht‘“⁹² charakterisierte. Unter Berufung auf ihr Geschlecht konnten die Frauen sich zwar Mandate und Ämter sichern, aber nur in geringem und strikt begrenztem Umfang; dieser konnte nicht mithilfe der gleichen Argumentation ausgeweitet werden. Die Geschlechterstereotype waren gesellschaftlich ausgesprochen stabil: „die Frau“ war dem privaten Bereich zugeordnet, „der Mann“ dem öffentlichen. Die Forderung, auch Frauen sollten im öffentlichen Leben mitwirken, bedeutete einen offenen und direkten Angriff auf die „Geschlechterordnung“. Sie stellte das Weltbild aller Männer und Frauen in Frage, die aufgrund ihrer Sozialisation verinnerlicht hatten, dass Politik eben „Männersache“ und nicht

90 Vgl. Fülles: Frauen in Partei, S. 50–56. Zu SPD-Politikerinnen vgl. grundlegend z. B. Antje Huber (Hg.): Die Sozialdemokratinnen. Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt? Stuttgart u. a. 1984; Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 bis 1957. Mit 26 Biographien. Bonn 2003; Karin Gille-Linne: Verdeckte Strategien. Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945–1949 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte 90). Bonn 2011.

91 Negative Auswirkungen der Selbstisolierung sah Bremme: Die politische Rolle, S. 162, schon damals.

92 Fülles: Frauen in Partei, S. 145.

„Frauensache“ sei. In erster Linie mit dem Geschlecht zu argumentieren, damit ein Amt oder Mandat mit einer Frau besetzt wurde, war angesichts der verbreiteten Geschlechterstereotype geradezu kontraproduktiv: Für die vielen, die Politik als ‚Männersache‘ ansahen, sprach das Geschlecht einer Frau ja gerade gegen ihre Eignung für ein politisches Amt. Anstatt in erster Linie mit der besonderen Sachkompetenz einer Kandidatin zu argumentieren und so der doch gerade umstrittenen Frage des Geschlechts geringere Bedeutung beizumessen, konzentrierten sich die Politikerinnen selbst darauf, für Frauen aufgrund ihres Geschlechtes mehr Einfluss und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Politik zu fordern.⁹³

Trotz der Schwierigkeit des Unterfangens bemühte sich der KDFB um eine Art „wechselseitige Annäherung“ von Frauen und Politik. Zum einen war der Verband bestrebt, die männlich konnotierte Sphäre der Politik den Frauen nahe zu bringen, d. h. Politik für Frauen interessanter zu machen und zu fördern, dass Politik auch als weiblich – nicht nur als männlich – wahrgenommen werden konnte. Nicht wenige KDFB-Mitglieder arbeiteten öffentlich sichtbar in der Partei und in Parlamenten mit und zeigten dadurch, dass ins politische Leben Frauen durchaus hineinpassten und -gehörten – gemeinsam mit den Männern. Außerdem brachte der KDFB die Politik seinen Mitgliedern nah, indem er politische Inhalte zu seinen Themen machte. Er wurde nicht müde, in Vorträgen, Kursen und Zeitschriftenartikeln klar zu machen, dass und inwiefern politische Themen für Frauen interessant und wichtig seien.⁹⁴ Eine Rednerin bei der Generalversammlung des KDFB 1952 setzte für ihren Appell gezielt bei den Vorbehalten der Frauen an: „Das, was uns an der Tagespolitik abstoßt – Intrigen, Machtstreben, Unwahrhaftigkeit, Gewissenlosigkeit – wird nie anders werden, wenn wir Frauen nicht alle Vorurteile und Hemmungen beiseitesetzen und uns mit Nachdruck um das öffentliche Leben kümmern.“⁹⁵

Zum anderen war der KDFB zugleich darum bemüht, auf einer individuellen Ebene zur Politik zu führen, sie sozusagen „politischer zu machen“, d. h. bei ihnen politisches Interesse wecken und sie zu entsprechender Betätigung zu bewegen. Die Wahlkampfarbeit, die staatsbürgerliche Bildungsarbeit und die Nachwuchsförderung in der parteipolitischen Arbeit wurden bereits einge-

93 Die verschiedenen Formen, in denen Frauen sich nach 1945 politisch betätigten, beschreibt Elke Schüller: „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main 1945–1956. Königstein/Ts. 2005.

94 Vgl. z. B. Fischer-Jünemann: „Ich interessiere mich nicht“; Bleyer: Sozialpolitik; Flink Kommunalpolitik; ab 1960 monatliche Rubrik „Die Politik des letzten Monats“ in der Mitgliederzeitschrift des Bayerischen Landesverbandes „Der Frauenbund“.

95 Maria Schlüter-Hermkes: Die katholische Frau in der geistigen Entscheidung, in: Die katholische Frauenbewegung in der sich wandelnden Welt. Vorträge bei der 13. Generalversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Bonn vom 25. bis 27. Juli 1952 Hg. von der KDFB-Zentrale. Köln 1952, S. 32–45, hier S. 43f.

hend behandelt. Hier gilt es, abschließend die Bedeutung der Identitätsarbeit hervorzuheben, bzw. diese soweit wie möglich anzudeuten⁹⁶.

Angesichts der verbreiteten gesellschaftlichen Vorbehalte war der Entschluss, selbst (partei)politisch aktiv zu werden, sowie seine Umsetzung für Frauen nicht besonders naheliegend. Diese geschlechtsspezifische Hürde musste zunächst überwunden werden; persönlich und oft mit Unterstützung anderer.

Die vorherrschenden und prägenden Geschlechterrollenbilder prägten auch das Leben derjenigen Frauen, die ihrerseits bereits von den Rollenbildern abwichen und sie aus persönlicher Überzeugung einem Wandel unterwerfen wollten. Die Stereotype zu überwinden bzw. dauerhaft gegen sie anzuarbeiten und sie allmählich zu wandeln, war einerseits eine individuelle Leistung jeder Frau, die damals politisch aktiv wurde. Die gesellschaftlich verbreiteten Geschlechterrollenbilder stellten das Selbstverständnis der Politikerinnen fortlaufend in Frage, so dass das Festhalten an der Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen, im Grunde nicht-konformen Verhaltens für jede aktive Politikerin eine bleibende Aufgabe bedeutete, die als zusätzliche Erschwernis neben den Ansprüchen der Sacharbeit stand. Auch dürfte etwa die Vorstellung, dass Frauen – weil sie gemäß der Geschlechterstereotype als „wesentlich“ versöhnlich und friedlich galten – nicht um Ämter und Einfluss konkurrieren sollten, sich lähmend auf ihr politisches Vorankommen ausgewirkt haben.⁹⁷ Fülles beschrieb in ihrer Einleitung, dass die Vorurteile über ‚das Wesen der Frau‘ und über die darin begründete Nicht-Eignung für politische Arbeit als „self-fulfilling prophecy“ wirken würden; es bestehe also – noch 1969 – eine Art Teufelskreis.⁹⁸

Aufgeschlossenheit und Hilfe im unmittelbaren sozialen Umfeld waren offenbar unerlässlich, damit einzelne Frauen dieses Muster dennoch hinter sich lassen konnten. Auffälligerweise ist bei den KDFB-Vorstandsmitgliedern der 1950er Jahre mehrfach erkennbar, dass ihr öffentliches Engagement bereits durch die familiäre Herkunft begünstigt wurde; sei es, dass Frauen bereits als Töchter durch Ausbildung bzw. Studium überdurchschnittliche Bildung ermöglicht wurde, sei es, dass Vater oder Mutter in Vereinen oder der Zentrums- partei mitarbeiteten. Zudem ist auffällig, dass ein Großteil der katholischen CDU-Politikerinnen der katholischen Frauenbewegung – konkret dem KDFB

96 Diese Überlegungen verstehen sich als ein erster Anstoß für die weitere Forschung. Um sie fundiert weiterzuführen, müssten Biographieforschung, (Entwicklungs-)Psychologie und Soziologie stärker einbezogen werden, als das im vorliegenden Beitrag möglich ist.

97 Nicht zuletzt erregte es bei den Politikerinnen selbst Anstoß, wenn innerhalb ihrer eigenen Gruppe Konkurrenz sichtbar wurde, vgl. Holz: Zwischen, S. 268–279; konsequent für die eigenen Ziele zu streiten, war damals durchaus eine Entwicklungsaufgabe für die politisch aktiven Frauen.

98 Vgl. Fülles: Frauen in Partei, S. 17–20, insbes. S. 17.

– angehörte, also Mitglied einer Gruppierung war, deren Ziel in besonderem Maße die Förderung der öffentlichen Betätigung von Frauen war und deren Mitglieder sich gegenseitige Stütze sein konnten.

Das programmatische Ideal des KDFB, Frauen sollten in Familie, Beruf und öffentlichem Leben tätig sein, fand zudem eine strukturelle Begrenzung dadurch, dass fraglos die Frauen für die häuslich-familiäre Arbeit zuständig blieben – auch dies eine Überzeugung im KDFB. Konsequenz wäre gewesen, die gesellschaftliche Arbeitsteilung insgesamt in Frage zu stellen, jedoch blieben die Männerrollenbilder unangetastet. Dass auf diese Weise einseitig die Ansprüche an die Frauen erhöht wurden, erkannte der KDFB wie auch die Frauenbewegung insgesamt offenbar nicht als problematische Schieflage.

4. *Fazit*

In den 1950er Jahren stellte die politische Mobilisierung der Frauen eine enorme Herausforderung dar. Frauen zur Stimmabgabe bei Wahlen zu motivieren, gelang insgesamt recht gut, insbesondere gelang es sehr gut, die weibliche Anhängerschaft der Union zu mobilisieren. Hieran hatten der KDFB und insgesamt die katholischen Frauenorganisationen sichtbaren Anteil. Frauen zur eigenen politischen Mitarbeit zu bewegen, war deutlich schwieriger. Erfolge sind auch in den 1950er Jahren kaum in Zahlen greifbar. Allerdings bauten die CDU-Politikerinnen sich eigene organisatorische Strukturen auf und sie setzten 1961 durch, dass dem Bundeskabinett endlich auch wenigstens eine Frau angehörte.

Das empirisch betrachtet scheinbar geringe Maß der politischen Partizipation der Frauen in den 1950er Jahren ist allerdings keineswegs – wie z. B. Frank Bösch es tut – als gering zu bewerten. Die geringe Zahl von Frauen in den Parteien und die Notwendigkeit, zunächst ein Netzwerk von Politikerinnen aufzubauen, ist vielmehr grundlegend vor dem Hintergrund der Geschlechterstereotype zu sehen, die eine öffentliche oder politische Aktivität von Frauen nicht oder nur in engen Grenzen vorsahen.

In engem Zusammenhang mit den Geschlechterstereotypen steht ein zweiter gewichtiger Grund, der das politische Engagement von Frauen ganz entscheidend erschwerte: Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wies den Frauen – per Gesetz – die Haushaltsführung zu.⁹⁹ Dies führte dazu, dass weniger Frauen als Männer die diversen Kriterien erfüllen konnten, die für politische Ämter entscheidend waren; etwa – insbesondere – zeitliche Verfügbarkeit, politische Erfahrung, berufliche Erfahrung, zahlreiche Kontakte zu gesellschaftlichen Akteuren etc.

99 Erst seit 1976 sieht das BGB beide Eheleute für den gemeinsamen Haushalt verantwortlich.

Die Geschlechterrollenbilder in Bezug auf politische Betätigung sowie die gesellschaftliche Arbeitsteilung konnten in den 1950er Jahren nicht im großen Stil geändert werden.¹⁰⁰ Jedoch sah sich der KDFB als Pionier und Multiplikator in der Verantwortung: „Der Gleichgültigkeit der durchschnittlichen Frau für den Staat und für die Wirtschaft, ihre Unkenntnis in diesen großen Bereichen müssen wir entgegentreten.“¹⁰¹ Die Bildungs-, Identitäts- und Netzwerkarbeit in den 1950er Jahre war wichtig für den langfristigen Wandel hin zu breiter Beteiligung von Frauen in der Politik, letztlich also für eine konsequenter Etablierung von Demokratie als Herrschaft des Volkes – nicht nur seiner männlichen Hälfte.

100 Vgl. Fülles: Frauen in Partei, S. 145 (Schlussbemerkungen): „So sind die allgemeinen Frauenverbände nicht in der Lage, die Masse der Frauen in die Gesellschaft zu integrieren.“

101 Schlüter-Hermkes: Entscheidung, S. 44.

Tabelle: Personelle Verbindungen zwischen KDFB und CDU/CSU¹⁰²

	Name	Funktion im KDFB	Funktion in der Union/ politische Ämter
1	Louise Bardenhewer	Zentralvorstand bis 1946	Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
2	Maria Becker	Zentralvorstand (1956–1960) Präsidium (1956–1957)	Stadtverordnete in Fulda (verm. CDU)
3	Maria Bierschenk	Diözesan-Geschäftsführerin Münster Zentralvorstand (mind. 1945–1962)	Mitglied Frauenvereinigung
4	Carla Brandenburg	Zentralvorstand (bis 1956) Diözesanvorsitzende Osnabrück (1928–1957)	Stadtrat Osnabrück (verm. CDU)
5	Aenne Brauksiepe	Zentralvorstand (ab 1952) Präsidium (1952–1956, ab 1958)	Stadtverordnete in Duisburg (ab 1945) MdB (1949–1972) Stellv. Fraktionsvorsitz (1964–1969) Präsidium (1956–1969) Vorsitzende der Frauenvereinigung (1958–1971) Bundesfamilienministerin (1968–1969)
6	Grete Daldrup	Zentralvorstand (ab 1956)	Mitglied
7	Anneliese Debray	Zentralvorstand (bis 1951) hauptberufliche Mitarbeiterin im KDFB-Haus in Bendorf	Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
8	Maria Deku	Mitglied	Bayrischer Beratender Landesausschuss und Verfassungsgebende Landesversammlung (1946, CSU) MdL Bayern (1946–1948)
9	Maria Dietz	Mitglied (Wiederaufbau des Zweigvereins Mainz nach 1945)	MdB (1949–1957)
10	Josepha Fischer-Erling	Zentralvorstand (1948–1956) Präsidium (1952–1956)	Mitglied

102 Basis dieser Tabelle sind die Recherchen im AKDFB, ACDP und das Verzeichnis bei Holz: Zwischen, S. 287–300. Aufgrund der Quellenlage stellt die Tabelle eine Übersicht und keine vollständige Auflistung dar.

	Name	Funktion im KDFB	Funktion in der Union/ politische Ämter
11	Aenne Franken	Zentralvorstand (bis 1946)	Mitgründerin im Rheinland Vorstand im Rheinischen Landesverband MdL NRW (1946–1947) Vorsitzende des Frauenaus- schusses im Rheinischen Landesverband (1948–1952)
12	Elisabeth Gans- windt	hauptberufliche Mitarbeiterin	MdB (1953–1957)
13	Erna Maria Geier	Zentralvorstand (ab 1960)	MdL Hessen (1966–1976) MdB (1976–1983)
14	Hanna Gerig	Mitglied	Mitgründerin im Rheinland Stadtrat Köln
15	Sybilla Hartmann	Mitglied	Stadtverordnete in Köln (ab 1945) Vorsitzende Frauenausschuss Rheinland (1947–1948, 1951–1967)
16	Emma Horion	Zentralvorstand (um 1945–1962) ZV-Vorsitz Düsseldorf (1923–1960)	Vorstandsmitglied der rheinischen Christlich Demokratischen Partei (1945)
17	Renate Kaffl	Zentralvorstand (ab 1962) Vizepräsidentin des Baye- rischen Landesverbandes (ab 1964)	MdL Bayern (1970–1974; CSU)
18	Gerta König	Zentralvorstand (1948–1958) hauptberufliche Mitarbeiterin (Freiburg)	Frauenausschuss Südbaden
19	Berta Konrad	Mitglied	MdL Baden-Württemberg (1956–1960)
20	Josefine Krepper	Zentralvorstand (ab 1948) Diözesanvorsitzende Freiburg (1949–1964)	Frauenvereinigung
21	Edeltraud Kuchtnr	Mitglied	MdB (1953–1972; CSU)
22	Agnes Maxsein	Zentralvorstand (ab 1959) Diözesanvorsitzende Berlin (1958–1968)	Mitgründerin in Berlin Stellv. Vorsitzende in Berlin (1946–1948) Vizepräsidentin Abgeordne- tenhaus Westberlin (1949– 1952) MdB (1952–1969) Frauenvereinigung

	Name	Funktion im KDFB	Funktion in der Union/ politische Ämter
23	Theodora Meyer-Köring	Zentralvorstand (ab 1948) Wiederaufbau und Bundesvorsitz der Hausfrauenvereinigung (1946–1964)	Bundesfrauenausschuss
24	Else Missong-Peerenboom	Mitglied	Beratende Landesversammlung Rheinland-Pfalz
25	Elisabeth Nettelbeck	Geschäftsführerin [wohl auf lokaler oder regionaler Ebene]	Stadtverordnete in Gelsenkirchen (ab 1946) MdL Nordrhein-Westfalen (1950–1966)
26	Maria Niggemeyer	Mitglied	MdB (1949–1961) Vorsitzende des Frauenausschusses Westfalen-Lippe
27	Elisabeth Pitz-Savelsberg	Vorsitzende ZV Wiesbaden	MdL Hessen (1946–1953) MdB (1953–1969) Vorstand Frauenvereinigung
28	Luise Rist	Zentralvorstand (bis 1949) Diözesanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart (1945–1949)	Mitgründerin in Nordwürttemberg Landesvorstand (bis 1952)
29	Helene Rothländer	Mitglied	MdL Rheinland-Pfalz (1946–1951)
30	Lotte Schiffler	Zentralvorstand (ab 1946) Präsidium (ab 1956)	Mitglied der verfassunggebenden Versammlung des Landes Hessen (1948–1950) MdL Hessen 1950–1952 Stadtverordnete in Frankfurt/M. (1952–1960) Stadträtin in Frankfurt/M. (1960–1968)
31	Maria Schlüter-Hermkes	Zentralvorstand (bis 1952)	Mitgründerin im Rheinland
32	Margreth Seelhorst	Zentralvorstand (ab 1958) Diözesanvorsitzende Essen (ab 1958)	Stadträtin (verm. CDU)
33	Idamarie Solltmann	Zentralvorstand (ab 1948) Präsidium (ab 1957)	Stadträtin in Münster (ab 1946) Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
34	Berta Stehle	Zentralvorstand (ab 1948) Leiterin des „Sonnenhauses“ in Beuron (ab 1941)	Vorsitzende Frauenausschuss Südwürttemberg

	Name	Funktion im KDFB	Funktion in der Union/ politische Ämter
35	Clara Tausend- pfund	Zentralvorstand (ab 1955) Stellv. Vorsitzende des Bayerischen Landesverbandes (bis 1955) Vorsitzende des Bayerischen Landesverbandes (1955–1963) Diözesanvorsitzende Regensburg (um 1961)	Stadträtin in Regensburg ab 1960 (CSU)
36	Christine Teusch	Mitglied	Vorstandsmitglied der rheinischen Christlich Demokratischen Partei (1945) Kultusministerin NRW (1946–1954) MdL NRW (1946–1966) Vorsitzende des Frauenausschusses Rheinland (1946–1947)
37	Agnes Wahle	Zentralvorstand (1948–1950)	Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
38	Adelheid Fürstin Waldburg-Wolfegg	Zentralvorstand (ab 1952) Diözesanvorsitzende Rottenburg-Stuttgart (1955–1980)	Vorsitzende der Landesfrauengruppe
39	Dr. h. c. Helene Weber	(Soziale Frauenschule Aachen: Gründung 1916, Leitung bis 1919) Zentralvorstand (1918–1962) Vizepräsidentin (1921–1952) Präsidium (1952–1962)	Vorstandsmitglied der westfälischen Christlich Demokratischen Partei (1945) Mitglied des Parlamentarischen Rates (1948/1949) MdB (1949–1962) Bundesvorstand (1956–1962) Mitgründerin der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Vorsitzende Frauenvereinigung (1948–1958)
40	Zita Zehner	(hauptberufliche Mitarbeiterin 1927–1931) Schatzmeisterin im Vorstand des Bayerischen Landesverbandes (1955–1970)	MdL Bayern (1946–1970, CSU) Mitgründerin Frauenvereinigung (CSU) Vorsitzende Frauenvereinigung (1953–1969; CSU)
41	Elisabeth Zillken	Zentralvorstand (1946–1961)	Vorstandsmitglied der westfälischen Christlich Demokratischen Partei (1945) Stadträtin in Dortmund (1945–1964) MdL NRW (1946/47)